



Beschlussvorlage

Vorlage: BV/0304/2023					Datum: 16.06.2023						
Dezernat 3											
Verfasser:		40-Kultur- und Schulverwaltungsamt					Az.:				
Betreff:											
Weitere Antragsstellung zur bundesweiten Förderung lokaler "Partnerschaften für Demokratie" des Bundesprogramms "Demokratie leben!"											
Gremienweg:											
10.07.2023	Haupt- und Finanzausschuss					☐	einstimmig	☐	mehrheitl.	☐	ohne BE
						☐	abgelehnt	☐	Kenntnis	☐	abgesetzt
						☐	verwiesen	☐	vertagt	☐	geändert
		TOP	öffentlich			☐	Enthaltungen		☐	Gegenstimmen	
21.07.2023	Stadtrat					☐	einstimmig	☐	mehrheitl.	☐	ohne BE
						☐	abgelehnt	☐	Kenntnis	☐	abgesetzt
						☐	verwiesen	☐	vertagt	☐	geändert
		TOP	öffentlich			☐	Enthaltungen		☐	Gegenstimmen	

Beschlussentwurf:

Der Stadtrat befürwortet und beschließt, dass das Amt 40/ Kultur- und Schulverwaltungsamt (Bildungsbüro) einen Antrag zur weiteren bundesweiten Förderung lokaler „Partnerschaften für Demokratie“ im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend für den Bewilligungszeitraum vom 01.01.-31.12.2024 fristgerecht bis online bis zum 15.09.2023 und postalisch bis zum 29.09.2023 einreicht. Nur wenn die postalische Einreichung stattgefunden hat, wird der Antrag berücksichtigt.

Begründung:

Seit 01.10.2018 wird die Stadt Koblenz im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ gefördert (gemäß Stadtratsbeschluss vom 30.08.2018, BV 0782/2018). Der Stadt Koblenz wurde im Zeitraum vom 01.10.2018 bis zum 31.12.2019 insgesamt 141.250 € bereitgestellt. Im Folgejahr wurde eine Förderung i.H.v. 138.889,00 € (davon 125.000,00 € aus Bundesmitteln) vom 01.01.2020 bis zum 31.12.2020 bewilligt (gemäß Stadtratsbeschluss vom 15.08.2019, BV/0629/2019/1). In diesem Zusammenhang wurde eine befristete Projektstelle in Vollzeit eingerichtet. Auch in den Jahren 2021 bis 2023 wurde eine Förderung in derselben Höhe bewilligt (gemäß Stadtratsbeschluss vom 04.06.2020, BV/0359/2020/1, 15.07.2021, BV/0398/2021 und 22.09.2022, BV/0328/2022).

Seit 01.01.2023 wird die Stadt Koblenz bis zum 31.07.2023, vorbehaltlich der Haushaltsbeschlüsse der neuen Bundesregierung bis 31.12.2023, erneut durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ gefördert (gemäß Stadtratsbeschluss vom 22.09.2022, BV/0328/2022). Für den Förderzeitraum vom 01.01.2023 bis zum 31.12.2023 stehen der Stadt Koblenz insgesamt 138.889,00 € zur Verfügung, davon insgesamt 125.000,00 € aus Bundesmitteln.

Gemäß Förderrichtlinien wurde die Fördersumme in drei Fonds aufgeteilt:

1. Den **Jugendfonds** (insgesamt 55.555,60 €)
2. Den **Aktions- und Initiativfonds** (insgesamt 76.388,95€)
3. Den **Fonds für Partizipation, Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit und Coaching** (6.944,45 €€)

Die Stadtverwaltung Koblenz hat die Möglichkeit, die Förderperiode für das Förderprogramm für ein weiteres Jahr (ab 2024) zu verlängern.

Die **Eckdaten** zur neuen Förderperiode:

- Einreichungsfrist: KW 37 per Online-Formular
- Dauer der Förderung: 01.01.- 31.12.2024
- Fördersummen: Bis zu einer Summe von **125.000,00 € p.a.**, davon:
 - ➔ Mindestens 10.000,00 € für den Jugendfonds zur Partizipation und Umsetzung von Einzelmaßnahmen im Jugendbereich
 - ➔ Mindestens 35.000,00 € für den Aktions- und Initiativfonds zur Umsetzung von Einzelmaßnahmen außerhalb des Jugendbereichs
 - ➔ Mindestens 5.000,00 € für Öffentlichkeitsarbeit, Partizipation, Vernetzung und Coaching
- Zu erbringende Eigenleistung der Stadtverwaltung:
 - ➔ Erbringung von kommunalen Eigenmitteln bzw. Drittmitteln in Höhe von mindestens 10,01 % (13.889,00€) der Gesamtausgaben pro Kalenderjahr (Bestätigung erforderlich)
 - ➔ Die Einrichtung einer Stelle mit 0,5 Vollzeitäquivalenten zur administrativen Bearbeitung des Förderprogramms
 - ➔ 0,5 Vollzeitäquivalente (VZÄ) zur inhaltlichen Steuerung der „Partnerschaft für Demokratie“ bei Ansiedlung der Koordinierungs- und Fachstelle in der kommunalen Verwaltung selbst. Die jeweiligen Aufgaben (administrative Bearbeitung und inhaltliche Steuerung) können auch in einer Stelle mit 1,0 VZÄ verbunden werden.

Beide Aufgabenbereiche sind zurzeit in der Verwaltung als sogenannte „Koordinierungs- und Fachstelle“ mit einer Projektstelle in Vollzeit befristet bis zum Ende des Bewilligungszeitraums, d.h. bis 31.07. bzw. 31.12.2023 besetzt. Diese Umsetzung hat sich bislang bewährt und soll für die neue Förderperiode beibehalten werden.

Entsprechende Eigenmittel und Personalressourcen von insgesamt 1,0 VZÄ müssten nach Bewilligung erneut zur Verfügung gestellt werden. Die Förderung von Personal- und Sachmitteln durch das Förderprogramm „Demokratie leben!“ ist ausgeschlossen.

Erforderlich für die Antragsstellung ist zudem die Bestätigung der Ko-Finanzierung, d.h. mindestens 10,01 % der Fördersumme muss von der Stadt finanziert werden, welche wiederum zur Summe addiert werden (bei einer Fördersumme von 125.000 € p.a. entspricht dies 13.889,00 € und folglich einem Gesamtansatz von 138.889,00 €).

Angaben zur voraussichtlichen Höhe der Ausgaben des Vorhabens

Kategorie	Ausgaben p.a.	Bemerkung
Personalkosten für eine Vollzeitstelle EGr. 9b TVöD (EGr. 10 TVöD)	ca. 64.268,74 Euro + Leistungsentgelt (ca. 73.367,85 Euro + Leistungsentgelt)	Lt. Rückmeldung Amt für Personal und Organisation, Fr. Retzmann
Arbeitsplatzkosten für eine Vollzeitstelle EGr. 9b/10 TVöD	ca. 9.700,00 Euro	Lt. Rückmeldung Amt für Personal und Organisation, Fr. Retzmann; KGSt-Pauschale
Eigenanteil Projektfördermittel für die Stadt Koblenz	max. 13.889,00 Euro	mind. 10,01 % der projektbezogenen Gesamtausgaben im Jahr; je nach Projekt werden weitere Fördergelder und Spenden akquiriert
Gesamtkosten	87.857,74 Euro / (96.956,85 Euro)	
Kategorie	Einnahmen p.a.	
Projektfördermittel aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“	max. 125.000,00 Euro	reine Projektfördermittel zur direkten Verausgabung oder Weiterleitung an Dritte
Gesamteinnahmen	max. 125.000,00 Euro	

Die Förderung „Demokratie leben!“ ermöglicht der Stadt Koblenz, strategische Netzwerke für das Thema Demokratie zu knüpfen und konkrete Projekte in diesem Bereich durchzuführen, damit Koblenz weiterhin als tolerante und vielfältige Stadt wahrgenommen werden kann, die sich proaktiv gegen demokratiefeindliche Tendenzen stellt.

Durch die Förderung konnten bereits in der laufenden Förderperiode einige Projekte vorangebracht und strategische Eckpfeiler zur Einrichtung einer nachhaltig angelegten Koblenzer Partnerschaft für Demokratie gelegt werden:

- Umstrukturierung des gemäß Förderrichtlinien vorgeschriebenen Jugendbeirats zur Stärkung der Beteiligung von jungen Menschen an der „Partnerschaft für Demokratie“ (bestehend aus Mitgliedern des Jugendrates, des Jugendtreffs, der kirchlichen Jugend, der LGBTQI-Szene und einer Jugendlichen mit Beeinträchtigung). Über das Kinder- und Jugendbüro wurde der Jugendbeirat eingerichtet, in dem Jugendliche und junge Erwachsene aus unterschiedlichen Bereichen über die Gelder aus dem Jugendfonds entscheiden. Im Rahmen der im Jugendfonds zur Verfügung stehenden Bundesmittel wurden zwei Honorarkräfte eingestellt, die es sich zur Aufgabe gesetzt haben, den Jugendbeirat neu zu strukturieren, neue Mitglieder zu gewinnen und eigene Projekte mit, von und für Jugendliche(n) umzusetzen.
- Im Jugendbereich konnten bisher einige Projekte an Schulen durchgeführt werden: eine Kinderoper, eingebettet in eine, von Lehrkräften und Schüler*innen initiierte Ausstellung sowie eine Lesung am Max von Laue Gymnasium, in der Schüler*innen insbesondere auf die Perspektive der Kinder in Konzentrationslagern eingingen. Eine Ausstellung „Die Kinder vom Bullhuser Damm“ am Gymnasium auf der Karthause, eine Exkursion der Goethe Realschule plus zu den KZ Außenlagern Treis-Karden und Büttig-Fankel. Eine Veranstaltung zur Erinnerung an die Bücherverbrennung vor 90 Jahren in der Stadtbibliothek, zu der Schüler*innengruppen Bücher ausgewählt haben, die es auch in 90 Jahren noch geben sollte – zudem wurde mittels Virtual Reality ein digitales Erlebnis für die Schüler*innen geschaffen. An der Diesterwegschule, in Kooperation mit der JuKuWe, fand ein Kunstprojekt zu den UN-Kinderrechten statt.

Für 2023 werden zurzeit weitere Projekte seitens Amt 40/ Kultur- und Schulverwaltungsamt organisiert:

- Anlässlich des 75-jährigen Jubiläums der Rittersturzkonferenz sind für den Zeitraum im Juli 2023 verschiedene Projekte und Veranstaltungen geplant, wie z.B. ein Kurzvideo des renommierten Journalisten Herrn Mirko Drotschmann, eine virtuell begehbare 3D-Rekonstruktion des Rittersturzhofs und ein multimediales Storytelling, welches Bild, Ton, Video und Textmaterial zeigt und in eine rahmende Struktur einbettet.
- Die „Koblenzer Wochen der Demokratie“ finden im Zeitraum vom 12.09.-07.10.2023 unter dem Motto „weil DU dazu gehörst“ erneut unter Mitwirkung von zahlreichen Initiativen, Vereinen und Organisationen statt. Ministerpräsidentin Malu Dreyer übernimmt die Schirmherrschaft der diesjährigen Veranstaltungsreihe (wie auch bereits in den vergangenen vier Jahren). Die „Koblenzer Wochen der Demokratie“ haben sich mittlerweile als jährliche Veranstaltungsreihe etabliert und sollen auch 2024 fortgeführt werden.
- Gedenkveranstaltung im November, Stolpersteinpatenschaften
- Durchführung einer durch das Bundesprogramm vorgeschriebenen „Demokratiekonferenz“, bei der die strategische Entwicklung der lokalen „Partnerschaft für Demokratie“ partizipativ erarbeitet und für die nächste Förderperiode festgelegt wird.
- Ausstellung „der weiße Faden“ vom 01.07.-30.07.2023 auf dem Festungsgelände. Die Outdoor-Ausstellung zur Förderung vorurteilsfreier Begegnungen von unbekannten Menschen. „Der weiße Faden“ kreiert einen besonderen Raum in Form eines halbtransparenten Kokons, der einerseits Schutz bietet, gleichzeitig jedoch nicht einengend wirkt und der eine friedliche Koexistenz der Religionen zeigen möchte. Der Aufbau der

Konstruktion macht neugierig, wirkt zunächst rätselhaft und regt zu Gesprächen zwischen Besucher*innen und Künstler*innen an.

- #Stolen Memory – Ausstellung geplant für September/Okttober Die Wanderausstellung #StolenMemory erzählt anhand persönlicher Gegenstände ehemaliger KZ-Häftlingen deren Lebens- und Verfolgungsgeschichten. Auf jeweils fünf Plakaten werden Gegenstände von Personen gezeigt, deren Familien die Arolsen Archives zur Rückgabe der Effekten bereits gefunden haben und deren Familien wir noch immer suchen, um die gestohlenen Gegenstände zurückgeben zu können. Die Ausstellung bietet zudem Hintergrundinformationen zum historischen Kontext des nationalsozialistischen Lagersystems, zu den Arolsen Archives und bittet die Besucher*innen, die Rückgabe-Kampagne durch eigene Recherchen zu unterstützen.

Durch eine Verlängerung der Förderung „Demokratie leben!“ können weitere Projekte umgesetzt werden und der bereits gelegte Grundstein für die „Partnerschaft für Demokratie“ in Koblenz in Kooperation mit externen Akteuren langfristig und strategisch weiterentwickelt werden. Zudem soll das Netzwerk demokratisch-engagierter Initiativen, Organisationen und Vereine in Koblenz erweitert und vertieft werden.

Zukünftig soll der Fokus noch mehr auf die Zusammenarbeit mit den Bildungseinrichtungen und insbesondere den Schulen im Hinblick auf die Demokratiebildung gelegt werden, um insbesondere Kindern und Jugendlichen frühzeitig demokratische Grundwerte zu vermitteln und sie an Entscheidungsprozessen zu beteiligen.

Hintergrund:

Die Entstehung der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland ist unmittelbar mit der Stadt Koblenz verbunden: 2018 jährte sich die sogenannte „Rittersturzkonferenz“ zum 70ten mal. Daran anknüpfend wurden die „Koblenzer Wochen der Demokratie“ 2018 erstmalig als eine breit angelegte Veranstaltungsreihe durchgeführt, welche von vielen unterschiedlichen Akteurinnen und Akteuren der Koblenzer Kultur- und Bildungslandschaft getragen wurde. Nach erfolgreicher Durchführung der Demokratiewochen 2018 wurde Kultur- und Bildungsdezernentin PD Dr. Margit Theis-Scholz auf das Förderprogramm „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend durch den kommunalen Berater Herrn Rüttgers aufmerksam gemacht. Dieser begleitet nun die strategische Weiterentwicklung der „Partnerschaft für Demokratie“ in Koblenz u.a. als Coach. Herr Rüttgers ist Diplom-Politologe und seit 2004 Leiter des Instituts für Politikberatung und Forschung in Bad Honnef. Seit 2007 ist er als Berater und Coach in dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ tätig und hat bereits 15 lokale Aktionspläne und Partnerschaften für Demokratie innerhalb des Bundesprogramms unterstützt. Fokus seiner Beratungs- und Qualifizierungsarbeit sind Methoden zu Finanzierung, Fundraising, Netzwerkarbeit und Kompetenztransfer mit dem Ziel, die Nachhaltigkeit der „Partnerschaft für Demokratie“ zu stärken.

Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ fördert zivilgesellschaftliches Engagement für Demokratie, für Vielfalt und gegen Extremismus auf der kommunalen, regionalen und überregionalen Ebene. Die Projektförderung des Bundesprogramms zielt auf die Weiterentwicklung der präventiv-pädagogischen Fachpraxis ab, unterstützt das Engagement für Demokratie und stärkt zivilgesellschaftliche Strukturen. Für die zweite Förderperiode (2020 bis 2024) werden die Ziele des Bundesprogramms neu justiert und stärker fokussiert – vor allem mit Blick auf die aktuellen, gesellschaftlichen Herausforderungen und auf Grundlage der gewonnenen Erfahrungen aus der ersten Förderperiode (2015 bis 2019). „Demokratie fördern. Vielfalt gestalten. Extremismus vorbeugen.“ sind die Kernziele von „Demokratie leben!“. Dieser inhaltliche Dreiklang ist handlungsleitend.

Zielgruppe des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ sind in erster Linie Kinder und Jugendliche, deren Eltern, Familienangehörige und Bezugspersonen, junge Erwachsene aber auch ehren-, neben- und hauptamtlich in der Kinder- und Jugendhilfe und an anderen Sozialisationsorten Tätige, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie staatliche und zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure.

Durch die Förderung hat Koblenz die Chance, sich als lokale „Partnerschaft für Demokratie“ zu etablieren und somit die zielgerichtete Zusammenarbeit aller vor Ort relevanten Akteurinnen und Akteure für Aktivitäten für die Entwicklung eines demokratischen Gemeinwesens unter aktiver Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger zu unterstützen. Hierdurch wird strategisch zur nachhaltigen Entwicklung lokaler und regionaler Bündnisse in diesen Themenfeldern beigetragen. Im partnerschaftlichen Zusammenwirken zwischen Verwaltung und zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure wird eine lebendige und vielfältige Demokratie vor Ort sowie eine Kultur der Kooperation, des respektvollen Miteinanders, der gegenseitigen Anerkennung und Unterstützung gestärkt.

Die Etablierung der „Koblenzer Wochen der Demokratie“, wozu sich die Akteurinnen und Akteure bereits 2018 ausgesprochen haben ist ein elementarer Baustein dieser Partnerschaften der Demokratie. Das Förderprogramm „Demokratie leben!“ geht auch über die „Koblenzer Wochen der Demokratie“ hinaus und erweitert diese um eine strategische zukunftsorientierte Komponente als Stadt. Besonders im Jugendbereich konnten durch die Förderung viele Projekte im Bereich der politischen Bildung durchgeführt werden. Insgesamt kann mit der Verlängerung der Förderung Koblenz als Ort der Demokratie, welcher auch überregionale Relevanz erhalten soll, vorangebracht werden.

Anlage/n:

- Förderleitlinie zum Bundesprogramm „Demokratie leben!“
- Grundsätze der Förderung

Historie:

- Stadtrat vom 30.08.2018 (BV/0762/2018)
- Haupt- und Finanzausschuss vom 29.10.2018 (BV/0917/2018)
- Stadtvorstand vom 17.12.2018
- Stadtvorstand vom 02.08.2019
- Haupt- und Finanzausschuss vom 19.08.2019 (BV/0629/2019/1)
- Schulträgerausschuss vom 22.08.2019 (BV/0629/2019/1)
- Stadtrat vom 29.08.2019 (BV/0629/2019/1)
- Stadtvorstand vom 18.05.2020
- Kulturausschuss vom 20.05.2020 (BV/0359/2020)
- Haupt- und Finanzausschuss vom 25.05.2020 (BV/0359/2020)
- Stadtrat vom 04.06.2020 (BV/0359/2020/1)
- Stadtvorstand vom 21.06.2021 (BV/0398/2021)
- Haupt- und Finanzausschuss vom 05.07.2021 (BV/0398/2021)
- Kulturausschuss vom 07.07.2021 (BV/0398/2021)
- Stadtrat vom 15.07.2021 (BV/0398/2021)
- Kulturausschuss vom 14.07.2022 (BV/0328/2022)
- Stadtvorstand vom 04.07.2022 (BV/0327/2022)
- Stadtrat vom 22.09.2022 (BV/0328/2022)